

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1974
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 13. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 16. Juli 1974
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Dr. Decio Molignoni

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORDNETE :

Dr. Anselmo Gouthier
Ing. Pietro Mitolo
Dr. Karl Vaja (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in ordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Tagesordnung vom 9. Juli fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.45 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung vom 9. Juli verliest Vizepräsident Molognoni ein Dankeschreiben des Generalstabschefs des 4. Armeekorps Oberst Bori für das Telegramm, welches das Präsidium anlässlich der Hubschrauberkatastrophe am Paternkofel an das Militärkommandogeschick hat. Nach Verlesung der Titel der beim Landtag eingereichten Gesetzentwürfe eröffnet der Präsident die Generaldebatte zum Haushaltsvoranschlag.

Als erster meldet sich der Abg. Dietl zu Wort. Er beklagt, daß der Haushaltsvoranschlag erst jetzt im Landtag zur Sprache komme, wo bereits mehr als die Hälfte des Haushaltsjahres verstrichen sei. Dietl kritisiert die Aufteilung der Kompetenzen in der neuen Landesregierung und protestiert dagegen, daß die deutsche Opposition in den Kommissionen zu wenig berücksichtigt worden sei. Aus Protest dagegen, daß er selbst nicht in die Finanzkommission gewählt worden sei, wohl aber Mitolo zum Vizepräsidenten gewählt wurde, trete er als Mitglied der Landwirtschaftskommission zurück. Dietl nimmt zu den einzelnen Punkten des Berichtes des Landeshauptmannes und zum Kommissionsbericht Stellung. Er kritisiert, daß der Haushaltsvoranschlag von der Finanzkommission in zwei halben Tagen unter den Tisch gefegt wurde. Magnago habe durch die in Interviews geäußerte Meinung, in Südtirol sei alles in Ordnung, die Voraussetzungen für die rasche Verwirklichung der Paketzugeständnisse verschlechtert. Dietl setzt sich für die Errichtung eines Landesübersetzungsbüros ein, welches eine einheitliche Verwaltungsterminologie prägen solle und fordert die Abgeordneten auf, ihre Elaborate in ihrer Muttersprache einzubringen, selbige könnten dann im Nachhinein übersetzt werden. Seiner Meinung nach seien die Kompetenzen auf dem sozialen Sektor in zu viele Assessorate zerstückelt. Vom Führungswechsel im ASGB werde die SPS ihre Konsequenzen ziehen. Dietl kritisiert die Aufteilung der Verwaltungskompetenzen unter den Mitgliedern der Landesregierung. So sei zum Beispiel der Landesrat für öffentliche Arbeiten unter anderem auch für die Beziehungen mit den staatlichen Stellen in der Provinz bezüglich der Doppelsprachigkeit und ethnischen

Proporztes zuständig. Mehrmals weist Dietl auf die verspätete Vorlage des Haushaltsvoranschlages hin: es sei nun bereits Mitte Juli und mithin verbleiben nun 5 1/2 Monate für die Investition der 110 Milliarden Lire. Was die empfohlene Ämterkonzentrierung betreffe, so spricht sich Dietl für eine funktionelle Aufteilung der Ämter aus, damit die Leute wissen, wohin sie sich zu wenden hätten. Dietl erinnert auch an die Paketmaßnahmen 111 und 118, die noch nicht erlassen wurden und an die Verzögerungen bei der Veröffentlichung der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut. Was die Äußerung Magnagos über die "Parasiten, Spekulanten und privilegierten Schichten" betreffe, die an der Wirtschaftskrise in Italien die Hauptschuld trügen, so seien selbige wohl auch in Südtirol zu suchen. Dietl streift auch Probleme des Volkswohnbaues, das Montedisonwerk in Sinich, das Fernsehen aus dem Ausland, die Berufsausbildung, den Stilfserjochpark und andere Verwaltungsbereiche. Am Schluß seiner Ausführungen meint Dietl, daß man wieder auf das Selbstbestimmungsrecht zurückgreifen müsse, falls die Südtirolfrage nicht baldigst zufriedenstellend gelöst wird.

Ende der Vormittagssitzung um 12.30 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 15.45 Uhr.

Es meldet sich der Abg. Jenny zu Wort. Er bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß im Bilanzbericht, in dem der Gesamtwille der Landesregierung seinen Niederschlag finden sollte, kein Wort über die Gewerkschaften enthalten sei, obwohl auch Sozialisten und Sozialdemokraten in der Regierung seien. Für die katastrophale Wirtschaftslage in Italien mache Magnago in seinem Bericht mehrmals "Parasiten und Spekulanten" dafür verantwortlich, ohne sie aber beim Namen zu nennen. Nach Jenny seien es auch Leute, die in den Ämtern der Landesregierung ein und aus gehen. Weiters kritisiert Jenny, daß Magnago in seinem Bericht so tue, als sei Südtirol wirtschaftlich besser daran, als das übrige Italien. Nach einem Hinweis auf die wirtschaftlichen Opfer, die von der Bevölkerung verlangt werden, bedauert Jenny, daß man bei der Erstellung der Bilanz (Repräsentationsfonds des Landeshauptmannes) wenig Willen zum Sparen gezeigt hätte. Das gute Beispiel müsse von oben kommen. Jenny kündigt an, daß er die Kürzung des Repräsentationsfonds beantragen werde. Jenny kritisiert auch, daß für die

Pfarreien eine große Summe zum Ankauf von Filmvorführungsapparaten und Büchern ausgegeben werde, obwohl der Bischof zu den größten Großgrundbesitzern des Landes gehöre. Jenny geht in seiner Rede auf das Monopol der RAI ein, streift Probleme der Schule, der Errichtung einer Universität in Bozen, fordert Prioritäten beim Bau von Krankenhäusern, der Volkswohnbau öffne den Grundspekulanten Tür und Tor. Abschließend betont er, daß allen Menschen ein Maximum an sozialer Sicherheit gewährt werden müsse.

Der Abg. Stecher beschäftigt sich eingehend mit der Wirtschaftskrise in Italien, die das Produkt der fehlgeschlagenen Politik der DC in den letzten 30 Jahren darstellt. Gegen die Inflation werde von der Landesregierung überhaupt nichts unternommen; der Verwaltungsapparat der Landesregierung sei viel zu schwerfällig, so müßten z.B. Gemeindebeschlüsse oft Monate, ja manchmal sogar auch Jahre im Landhaus liegen bleiben. Das Personal der Landesregierung sei nicht immer rationell auf die bestehenden Arbeitsbereiche eingesetzt. Die Pflichtschulen sollten für alle Schüler kostenlos sein; für die Krankenhäuser seien zu wenig Finanzierungsmittel bereitgestellt, die schulärztliche Betreuung sei mangelhaft und überhaupt fehle der Landesregierung der politische Wille, die Dinge in Südtirol zu ändern.

Der Abg. Balzarini fordert in seiner Stellungnahme größere finanzielle und politische Unterstützung für Meran. Er spricht sich für die Autobahnverbindung aus, der Bau der Metangasleitung müsse ehestens vorangetrieben werden. Er hebt die Wichtigkeit der SALVAR für Meran hervor, welche für den internationalen Touristenzustrom nach Meran ausschlaggebend gewesen sei. Balzarini kommt weiters auf den Schulhausbau, Volkswohnbau und Transport zu sprechen.

Der Präsident vertagt nun die Sitzung auf den morgigen Mittwoch, um 9.30 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

DER VIZEPRÄSIDENT:

- Rosa Franzelin-Werth - *Franzelin* - Prof. Dr. Decio Mognoni -
- Dr. Anselmo Gouthier - *Gouthier*
- Toni Kiem - *Kiem*

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE

1974

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della ...13.^ seduta tenuta a BOLZANO il giorno 16 luglio 1974
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE : Prof. Decio Mognoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Assistono i SEGRETARI : Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE : Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI : Avv. Anselmo Gouthier
Abwesende ABGEORDNETE : Ing. Pietro Mitolo
Dott. Karl Vaja

Il Consiglio provinciale si é riunito in seduta ordinaria.

La seduta ha inizio alle ore 9.45.-

Dopo la lettura e l'approvazione del processo verbale della 12^a seduta del Consiglio provinciale del 9 luglio 1974 il Vicepresidente Molignoni dá lettura di una lettera di ringraziamento inviata dal Capo di Stato maggiore del 4^o Corpo d'Armata, colonnello Bori, per il telegramma inviato dall'Ufficio di Presidenza in occasione della disgrazia avvenuta sul monte Paterno. Dopo aver dato lettura dei titoli dei disegni di legge nel frattempo presentati al Consiglio, il Vicepresidente apre la discussione generale sul bilancio di previsione per lo esercizio finanziario 1974.

Prende per primo la parola il consigliere Dietl. Egli esordisce lamentando il fatto che il bilancio di previsione venga trattato dal Consiglio con enorme ritardo, tanto piú che sono passati ormai piú di sei mesi dall'inizio di questo anno finanziario. Il consigliere Dietl muove delle critiche per quanto riguarda la ripartizione delle competenze in seno alla nuova Giunta provinciale e protesta fermamente contro il fatto che nelle Commissioni legislative l'opposizione di lingua tedesca non é stata, o quasi, presa in considerazione. Egli protesta altresí di non essere stato nominato membro della Commissione finanze e per il fatto che il consigliere Mitolo sia stato nominato Vicepresidente di tale Commissione.

Per questi motivi il consigliere Dietl dichiara di dare le sue dimissioni come membro della Commissione Agricoltura, Comunicazioni e Trasporti, Tutela dell'Ambiente. L'oratore prende ora posizione su singoli punti della relazione del Presidente della Giunta, dott. Magnago, e sulla relazione della terza Commissione legislativa. Egli critica innanzitutto il fatto che il bilancio di previsione é stato dalla Commissione finanze trattato in sole due mezze giornate. A suo avviso, con quanto detto dal Presidente Magnago in occasione di interviste, e cioé che in Alto Adige tutte le cose andrebbero bene, sono stati pregiudicati i presupposti per la rapida realizzazione delle concessioni fatte all'Alto Adige attraverso il Pacchetto. Il consigliere Dietl auspica la creazione di un Ufficio Traduzioni in seno alla Giunta provinciale, avendo soprattutto il compito di impostare una terminologia tecnica possibilmente uniforme per tutta l'Amministrazione provinciale e invita i membri del Consiglio a presentare i disegni di legge e tutti gli altri documenti nella loro lingua madre; la traduzione degli stessi potrà avvenire in un secondo momento.

L'oratore é altresí dell'avviso che le competenze in campo sociale siano state suddivise su troppi Assessorati. Riferendosi poi al cambio direttivo dell'ASGB, l'oratore dichiara che l'SPS saprá trarre le dovute conseguenze. Il consigliere Dietl muove delle critiche anche per quanto riguarda la ripartizione delle competenze di carattere amministrativo tra i membri della Giunta provinciale. A titolo esemplificativo egli osserva che l'Assessore ai lavori pubblici é, fra le altre cose, competente anche per i rapporti con gli organi statali nella Provincia per quanto riguarda il bilinguismo e la proporzionale etnica. L'oratore sottolinea ripetutamente il grande ritardo con il quale é stato presentato il bilancio di previsione: siamo arrivati ormai, egli osserva, alla metà di luglio, per cui rimangono solo cinque mesi e mezzo per investire il cospicuo importo di 110 miliardi di Lire. Per quanto concerne il piú volte auspicato accentramento degli Uffici della Provincia, il consigliere Dietl raccomanda che tale accentramento venga effettuato in modo funzionale, anche perché i cittadini sappiano a chi devono rivolgersi. L'oratore si sofferma poi sulle misure 111 e 118 del Pacchetto, tuttora non emanate, e rimarca i ritardi nella pubblicazione delle norme di attuazione al nuovo Statuto di Autonomia. Circa quanto detto dal Presidente Magnago nella sua relazione in merito ai "parassiti, speculatori e ceti privilegiati", ai quali andrebbe attribuita la maggior colpa per l'attuale crisi economica che travaglia l'Italia, secondo l'oratore tali parassiti e speculatori non mancano certo anche in Alto Adige. Il consigliere Dietl si addentra nella problematica riguardante l'edilizia popolare, la Montedison di Sinigo, la ricezione di programmi televisivi dall'estero, la formazione professionale il Parco Nazionale dello Stelvio ed altri settori amministrativi. L'oratore conclude il suo intervento dichiarando che ove le questioni riguardanti l'Alto Adige non dovessero venire al piú presto avviate ad una soluzione soddisfacente, si dovrà ancora fare ricorso al diritto di autodecisione.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.30.-

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.45.-

Chiede la parola il consigliere Jenny che esordisce esprimendo il suo stupore per il fatto che nella relazione al bilancio, nella quale la Giunta provinciale dovrebbe manifestare tutto il suo impegno, non si faccia alcun accenno ai sindacati, malgrado la coalizione di governo sia anche formata da socialisti e socialdemocratici.

Nella sua relazione il dott. Magnago - continua l'oratore - attribuisce in piú punti la responsabilità per la catastrofica situazione economica in Italia a "parassiti e speculatori", senza però specificare a chi si riferisce. Secondo l'esponente dell'SFP si tratta anche di persone che circolano negli uffici della stessa Giunta provinciale. Egli critica altresí il fatto, che il dott. Magnago nella sua relazione sostenga che la situazione economica in Alto Adige sia migliore rispetto a quella del resto dell'Italia. Dopo essersi soffermato sui sacrifici finanziari richiesti alla popolazione, il consigliere Jenny deplora il fatto, che nel predisporre il bilancio di previsione si sia dimostrata poca buona volontà di risparmiare e cita come esempio il fondo di rappresentanza del presidente della Giunta provinciale, ribadendo che il buon esempio deve venire dallo alto. A questo proposito il consigliere Jenny comunica che chiederá una decuratazione del fondo di rappresentanza. Egli critica inoltre che vengano spese ingenti somme di denaro per poter dotare le parrocchie di proiettori e di libri, nonostante il vescovo sia uno dei piú grandi proprietari terrieri della nostra provincia.

L'oratore si sofferma quindi sulla questione del monopolio della RAI, sui problemi della scuola, sull'istituzione di un'università a Bolzano, esige una graduatoria di priorità per quanto concerne le opere ospedaliere e dichiara che l'edilizia economica e popolare apre tutte le porte alla speculazione fondiaria. Egli conclude dichiarando che si deve garantire a tutti, indistintamente, il massimo grado di sicurezza sociale.

Il consigliere Stecher esordisce con un'analisi della crisi economica in Italia, definendola il risultato di una politica sbagliata perseguita dalla DC negli ultimi 30 anni. La Giunta provinciale - continua l'oratore - non muove un dito per far fronte all'inflazione; l'apparato amministrativo é troppo pesante e complesso, tanto che le delibere dei comuni rimangono ferme negli uffici provinciali per mesi, se non addirittura per anni. Il personale dell'amministrazione provinciale non é sempre assegnato razionalmente ai vari settori. Il consigliere Stecher dichiara altresí che la scuola d'obbligo dovrebbe essere gratuita per tutti: che i fondi stanziati per il settore ospedaliero sono insufficienti, che l'assistenza medica nelle scuole lascia a desiderare e che in linea generale alla Giunta provinciale manca la volontà politica di cambiare le cose in Alto Adige.

Prende infine la parola il consigliere Balzarini, che nella sua presa di posizione chiede un maggiore appoggio politico e finanziario per Merano.

Egli auspica la realizzazione del collegamento autostradale e la sollecita costruzione del metanodotto. L'oratore sottolinea l'importanza della SALVAR per Merano, che ha avuto un ruolo determinante per l'aflusso di turisti da tutto il mondo e conclude toccando le questioni inerenti all'edilizia scolastica, all'edilizia economica e popolare ed ai trasporti.

A questo punto il Presidente toglie la seduta e la aggiorna a Mercoledì 17 luglio alle ore 9.30.-

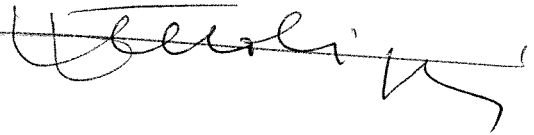
IL PRESIDENTE

- prof. Decio Molognoni -

I SEGRETARI

Rosa Franzelin-Werth *Franzelin*

Anton Kiem *Kiem*



mg/df

* * * * *